

Der Streit um den Golf von Mexiko: AP-Nachrichtenagentur vor dem Aus!

Die Nachrichtenagentur AP wurde ausgeschlossen, weil sie den namensrechtlichen Konflikt um den Golf von Mexiko mit Trump ablehnt.

Oval Office, USA - Die renommierte Nachrichtenagentur Associated Press (AP) steht im Kreuzfeuer nach ihrer Weigerung, den Golf von Mexiko als Golf von Amerika zu bezeichnen, wie es US-Präsident Donald Trump durch ein Dekret veranlasste. Dies führte dazu, dass AP dauerhaft der Zugang zum Oval Office und zur Air Force One verwehrt wird. Taylor Budowich, der stellvertretende Kabinettschef des Weißen Hauses, äußerte auf dem sozialen Netzwerk X, dass die Nachrichtenagentur „die rechtmäßige geografische Namensänderung“ ignoriere. Er betonte, dass AP zwar das Recht auf freie Berichterstattung habe, es jedoch nicht das Privileg auf ungehinderten Zugang zu beschränkten Regierungsbereichen genießen könne.

Am Mittwoch wurde offiziell angekündigt, dass AP-Reporter weiterhin von Veranstaltungen des Präsidenten ausgeschlossen werden. Dies geschieht als Reaktion auf den Namensstreit, und AP-Chefredakteurin Julie Pace bezeichnete das Vorgehen der Trump-Regierung als einen „Akt der Vergeltung“. Das Weiße Haus spielte die Bedeutung des Namensstreits herunter und behauptete, dass es „Fakten ignoriert“, während es auch andere Nachrichtendienste unter Druck setzen wolle, Trumps Begriff zu übernehmen. Laut Leavitt, Pressesprecherin des Weißen Hauses, hätten Medien Lügen verbreitet, indem sie den traditionellen Namen beibehielten, der seit über 400 Jahren verwendet wird. Die AP hingegen verteidigt ihre Entscheidung, den Golf von

Mexiko als solchen zu benennen, da dies den internationalen Standards für geografische Bezeichnungen entspricht, wie sie in ihrem Stilhandbuch dargelegt sind, was **Welt.de** berichtet.

Der Namensstreit hat nicht nur die AP betroffen, sondern stellt auch ein alarmierendes Beispiel für die Spannungen zwischen der Regierung und der Presse dar. Während einige Medien, wie Fox News, Trumps Namensgebung unterstützten, behielten andere, darunter die New York Times und Washington Post, den traditionellen Namen bei. Julie Pace stellte klar, dass es zu den grundlegenden Prinzipien der US-Verfassung gehört, dass die Regierung keine Vergeltungsmaßnahmen gegen Pressevertreter ergreifen darf, für das, was sie berichten. Dies wird als fundamentale Bedrohung der Pressefreiheit angesehen und könnte langfristige Auswirkungen auf die Medienberichterstattung über die Trump-Regierung haben, so **Krone.at**.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Namensstreit
Ort	Oval Office, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.welt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at